



NEWSLETTER BERLIN

ULRICH KELBER
BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER



Ausgabe 15/2002 50. gesamt
31.10.2002

Die Leiden der Chefredakteure

Die Chefredakteure führender deutscher Medien wie SPIEGEL, BILD, Handelsblatt und Süddeutscher Zeitung sind mit ihren hohen Einkommen von einigen der Einsparungen, die die Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode beschlossen hat, persönlich betroffen. Die Chefredakteure müssen für die private Nutzung ihrer Dienstwagen mehr zahlen, müssen für Flüge in EU-Staaten jetzt Umsatzsteuer bezahlen wie für einen Trip in die Nachbarstadt und sind durch die Senkung von Einkommensgrenzen von staatlichen Subventionen ausgeschlossen. Manche Chefredakteure nehmen das hin, dass sie mit ihren hohen Einkommen auch einen größeren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müssen, andere versuchen den kaum betroffenen Menschen mit niedri-

gen und mittleren Einkommen in den Medien einzureden, die Beschlüsse der Regierung seien unsozial. Der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung behauptet z.B., die Senkung der Einkommensgrenze für die Eigenheimzulage auf



70.000 Euro pro Jahr für verheiratete Paare (zusätzliche Freibeträge pro Kind) würde jetzt die Durchschnittsverdiener betreffen. Natürlich nennt er die konkrete Summe in seinem Artikel nicht, denn die meisten Menschen in Deutschland können von einem solchen Einkommen nur träumen. Einen besonders dreisten Versuch lie-

ferte der SPIEGEL in der Ausgabe dieser Woche ab. Dort wurden die Mehrbelastungen für ein Einkommen von 2.500 Euro monatlich durch die Beschlüsse der Bundesregierung mit 277 Euro pro Monat angegeben. Nur das nähere Hinsehen zeigt die Unverschämtheit dieser Rechnung, denn mindestens 250 Euro dieser Summe kommen aus völlig realitätsfernen Annahmen: Die SPIEGEL-Rechnung suggeriert, dass ein Paar mit 2.500 Euro monatlichen Einnahmen ohne Kinder gerade im Jahr 2003 ein Haus baut, über einen Dienstwagen der Oberklasse verfügt und für 1.800 Euro pure Flugkosten jährlich ins europäische Ausland verreist. Lieber SPIEGEL-Chefredakteur: Zeigen Sie mir einmal einen Haushalt mit 2.500 Euro Einkommen, der sich dieses Oberklasseleben gönnen kann.



Themen in dieser Ausgabe:

- Mogeln mit Zahlen oder die Leiden der Chefredakteure
- Opposition setzt weiter auf Destruktion
- Wirtschaftsprognose
- Die neue Fraktionsspitze

Machtprobe im Bundestag: - Opposition verliert Kampfabstimmung

Union und FDP wollten Kanzler zur Gesundheitsdebatte in den Bundestag zitieren

Im Bundestag ist es zu einer ersten Machtprobe in der neuen Legislaturperiode gekommen. Die Opposition scheiterte mit ihrem Antrag, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Finanzminister Hans Eichel und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (alle SPD) über das Verfahren des Hammelsprungs in den Bundestag zu zitieren. Dem Antrag der Opposition stimmten 218 Abgeordnete zu,

266 stimmten bei keiner Enthaltung dagegen. Als Begründung für den Antrag gaben Union und FDP an, es würden wichtige Punkte der Politik erörtert. Das ist zwar richtig, aber selbst die Opposition wird zugestehen müssen, dass der Bundeskanzler nicht jeder Debatte folgen kann. Staatsgäste, Verbände und nicht zuletzt Akten benötigen ebenfalls Zeit, die auch ein Kanzler nicht unbegrenzt hat.

Langsam geht es aufwärts – Herbstprojektion der Bundesregierung zu wirtschaftlichen Entwicklung

Am 31. Oktober 2002 fanden unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit die abschließenden Beratungen des interministeriellen Arbeitskreises "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" statt. Damit stehen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung für die Jahre 2002 und 2003 fest. Diese bilden die Grundlage für die Steuerschätzung vom 12. bis 13. November 2002 sowie für die Beratungen im Finanzplanungsrat. Als gemeinsamer Orientierungsrahmen dienen sie in erster Linie der Aufstellung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Für 2002 erwartet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt einen realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von rund 1/2 %. Dahinter steht eine Fortsetzung der Erholung im zweiten Halbjahr.

2003 wird sich die Aufwärtsent-

wicklung fortsetzen und an Breite gewinnen. Die Bundesregierung erwartet im nächsten Jahr einen realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von rd. 1 ½ %.

Diese Einschätzung wird auch weitgehend von den großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten und den meisten anderen nationalen und internationalen Prognostikern geteilt.

Der Arbeitsmarkt wird von der konjunkturellen Belebung allmählich profitieren. Von den Reformen bei der Umsetzung des Hartz-Konzepts werden spürbare Entlastungen im kommenden Jahr erwartet, deren Wirkungen aber wegen der bis zuletzt ungünstigen Beschäftigungsentwicklung noch nicht voll in den Jahresdurchschnitten zum Ausdruck kommen. Die Preisstabilität bleibt im gesamten Projektionszeitraum erhalten.

Die neue Fraktionsführung

Fraktionsvorsitzender:

Franz Müntefering

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Gernot Erler für die Bereiche: Außen, Verteidigung, Entwicklungspolitik, Menschenrechte

Ludwig Stiegler für die Bereiche: Wirtschaft und Arbeit, Tourismus, Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen, Aufbau Ost

Gudrun Schaich-Walch für die Bereiche: Soziale Sicherung, Gesundheit und Petitionen

Nicolette Kressl für die Bereiche: Familie, Frauen, Jugend und Senioren, Bildung und Forschung

Michael Müller für die Bereiche: Nachhaltigkeit, Umwelt, Verbraucherschutz und Landwirtschaft

Hans-Joachim Hacker für die Bereiche: Innen, Recht, Sport, Kultur und Medien, Geschäftsordnung

Joachim Poß für die Bereiche: Finanzen, Haushalt

Angelica Schwall-Düren für den Bereich: Europa

Parl. GeschäftsführerInnen

Wilhelm Schmidt

Uwe Küster

Nina Hauer

Ute Kumpf

SprecherInnen der Arbeitsgruppen

•Geschäftsordnung, Wahlprüfung, Immunität: Christine Lambrecht

•Petitionen: Gabriele Lösekrug-Möller

•Außenpolitik: Gert Weisskirchen

•Innen: Dieter Wiefelspütz

•Sport: Dagmar Freitag

•Recht: Joachim Stünker

•Finanzen: Jörg-Otto Spiller

•Haushalt: Walter Schöler

•Wirtschaft und Arbeit: Klaus Brandner

•Verbraucherschutz, Ernährung und

•Landwirtschaft: Matthias Weisheit

•Verteidigung: Rainer Arnold

•Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Christel Humme

•Gesundheit und Soziale Sicherung: Helga Kühn-Mengel

•Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Aufbau Ost: Reinhard Weis

•Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ulrike Mehl

•Bildung und Forschung: Jörg Tauss

•Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Karin Kortmann

•Tourismus: Brunhilde Irber

•Angelegenheiten der Europäischen Union: Günter Gloser